

Personell und
programmatisch
Farbe bekennen

Erfolg, Misere und Aufbruch der Union

Günter Mächler

Es ist noch zu früh, ein von Leidenschaften vollkommen freies Urteil über die sechzehn Jahre der Regierung Kohl zu erwarten. Diese Jahre waren sicher nicht die schlechtesten, eher wird man sie – mit historischer Elle gemessen – als die wohl erfolgreichsten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen können.

Es wurde die Teilung unseres Landes überwunden. Für jeden, der die Hoffnung darauf noch nicht als Lebenslüge abgelegt hatte, erfüllte sich damit eine lang gehegte Sehnsucht, gleich ob man die Wiedervereinigung vorrangig als nationales Ereignis oder – nach zwei verheerenden totalitären Diktaturen – als Jubeltag in der Freiheitsgeschichte Deutschlands begrüßen mochte.

Ähnlich hoch wie beim Gelingen der Wiedervereinigung war der persönliche Anteil Helmut Kohls bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas. Mit ihr kam Deutschlands „langer Weg in den Westen“ (Heinrich August Winkler) an seinen Zielpunkt.

Eine dritte herausragende Leistung der Regierung Kohl wird in rückschauenden Betrachtungen sonderbarerweise oft vergessen: die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Immerhin war die Vorgängerregierung nicht zuletzt an dieser Aufgabe zerbrochen. Der Kraftakt, der für die Stationierung der Pershing-Raketen nötig war, verzinst sich. Er bescherte der Bundesrepublik den außenpolitischen Rückhalt, der bei den Umwälzungen von 1989/90 Früchte trug. Innenpolitisch je-

doch handelte sich Kohl damit erbitterte Gegnerschaft ein, bei den damals außerparlamentarisch operierenden Gruppierungen sogar Feindschaft und Hass. Die Gelegenheit, die Rechnung zu begleichen, bot sich, als Kohl die Macht verloren hatte und führende Köpfe der außerparlamentarischen Bewegungen Teil des Establishments geworden waren.

Stolz auf das Erreichte

Es nimmt nicht wunder, dass die CDU voller Stolz auf das Erreichte blickte. Parteien haben ein kollektives Gedächtnis. Sie brauchen einen Fundus an Selbstachtung, der in ihrer Geschichte begründet ist. So wie die Sozialdemokraten die Aussöhnungspolitik Willy Brandts hochhalten, ist für die CDU die Adenauer-Ära mit einem positiven Vorzeichen versehen. Genauso sollte die Kohl-Ära ein Abschnitt sein, aus dem die Partei für zukünftige Schlachten Kraft schöpfen wollte.

Deshalb wurde die Wahlniederlage gegen die SPD auch nicht als Katastrophe empfunden. Man war abgewählt worden, wie es in der Demokratie nun einmal passiert. Doch würden die in der Regierungszeit Kohls erworbenen unutilgbaren Verdienste schwer genug wiegen, um alsbald wieder von den Wählern berufen zu werden. Diesen Reim machte man sich 1998 in der CDU. Man schwor sich, die Niederlage nicht als Betriebsunfall abzutun, sondern sich in der Opposition zu regenerieren und redlich zu arbeiten.

Nach diesem Drehbuch schien zunächst auch alles zu laufen. Wer – im La-

ger des politischen Gegners – auf eine Massenmeuchelei in der Führungsspitze der CDU oder darauf gehofft hatte, dass nun in den Reihen der Christdemokraten ein zermürender Richtungsstreit ausbrechen würde, sah sich getäuscht. Für einen Moment konnte das respektvoll beobachtende Volk glauben, die CDU führe den schmerzfreien, absolut mustergültigen Abschied von der Macht vor.

Dann erfuhr der Fahrplan die erste Störung. Überraschend kam die neue Regierung nur taumelnd aus den Startlöchern. Der Kredit von Rot-Grün schmolz dahin wie Schnee unter der Sonne. Die Union gewann Landtagswahl auf Landtagswahl. Rathäuser, die die Roten gleichsam gewohnheitsrechtlich beherrschten, fielen ihr in den Schoß. Selbst die *reconquista* des Landes Nordrhein-Westfalen schien in greifbare Nähe gerückt. Schon begannen nicht wenige in der Union, der Stimme der Versuchung zu lauschen, die flüsterte, die Zeit der Opposition werde nur ein kurzes Transitorium sein. Der neue Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble hatte alle Mühe, die um sich greifende Euphorie zu dämpfen.

Da brach wie aus heiterem Himmel die Heimsuchung des Spendenskandals über die Union herein. Wie ein Hagelschlag vernichtete er alles, was in den ersten Monaten nach dem Regierungswechsel allen Anfechtungen widerstanden hatte: den Glauben an die Überlegenheit der eigenen Sache, die Hoffnung, dass dieser Glaube schon bald seine Bestätigung finden werde, und das Vertrauen auf die Integrität der führenden Personen.

Wie ein Hagelschlag

Seit der Aufdeckung der Spendenmanipulationen sind rund eineinhalb Jahre vergangen. In dieser Zeit war die CDU vollauf damit beschäftigt, wieder Tritt zu fassen. Eine konsistente Oppositionspolitik fand nicht statt. Die Bundesregierung konnte ihr Programm fast nach Belieben

abspulen. Wohl ging sie einiger Minister verlustig, und Reibungen zwischen den Koalitionspartnern blieben nicht aus. Doch im Grunde machten ihr Selbstherrlichkeiten des Kanzlers, Rüpeleien des Kabinettsmitgliedes Trittin und Instinktilosigkeiten des Verteidigungsministers Scharping mehr zu schaffen als alle Anstrengungen der Opposition in Bundestag und Länderkammer.

Nüchtern betrachtet, kommt auch für den Endspurt der Legislaturperiode eine planvolle parlamentarische Kontrolltätigkeit kaum mehr in Betracht. Der Wahlkampf hat praktisch schon begonnen. Außerdem wird die ungelöste Frage, wer die Union als Nummer eins ins Rennen führen soll, das Wenige an Aufmerksamkeit, welches die Medien den Christdemokraten gegenwärtig widmen, in weit höherem Maße absorbieren, als ihnen lieb ist. Was kann man unter diesen Umständen von der Opposition erwarten?

Prinzip Hoffnung

Da ist zunächst das Prinzip Hoffnung. Eingeschworene Christdemokraten könnten Zuversicht aus der Erfahrung schöpfen, dass die Politik letzthin unberechenbar ist. Warum sollte sich eine derart brüske Wendung des Geschicks, wie sie sich am Ende des ersten Jahres der Regierung Schröder ereignete, nicht wiederholen, genauso abrupt, aber diesmal mit anderen Vorzeichen? Heißt es nicht, dass alles, was die launige Politik beschert, schon einmal da war?

So könnte man immerhin fragen. Nur hat die schöne Kreislauftheorie einen Haken. Dem Erfahrenen ist schließlich auch geläufig, dass, um mit Heraklid zu sprechen, keiner zweimal in denselben Fluss steigt. Es spricht im Augenblick wenig dafür, dass demnächst die Berliner Regierung kopfüber in ein Skandalloch stürzen oder dass der Opposition der *lucky punch* gelingen könnte. Ohne Zweifel hat die Regierung Fuß gefasst,

während die Union noch immer ihren Stand sucht.

„Warum die CDU vorziehen?“, fragte vor einem halben Jahr Karl Feldmeyer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die Frage hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Gegenwärtig wäre die CDU schon froh, käme sie aus den schlechten Schlagzeilen heraus. Von einer bezwingenden Oppositionsstrategie kann noch nicht die Rede sein.

Dieser Befund gilt notabene für die Bundespartei. In der Fläche steht die CDU weit besser da, wie zuletzt Erwin Teufels Abschneiden in Baden-Württemberg unter Beweis stellte. Der CSU kann man die augenblickliche Misere schon gar nicht in die Schuhe schieben. War es zu Zeiten von Franz Josef Strauß eine liebe Gewohnheit, der großen Schwesterpartei gerade in deren Schwächemomenten Knüppel zwischen die Beine zu werfen, fällt nun auf, wie sanftmütig man in München die noch unsichere Gangart der neuen CDU-Führung begleitet, so als wollte man demonstrieren, was wahre christliche Nachsicht gebeut.

Der Skandal

Die Ursachen der CDU-Misere liegen eindeutig im Zentrum der Partei. Ihr Angelpunkt ist unverändert die Spendenaffäre, und deshalb ist es angebracht, noch einmal einen Blick zurückzuwerfen. Es wäre absurd zu bestreiten, dass der Skandal diesen Namen verdient. Mehr als ein CDU-Politiker hat gesündigt, ob aus Arroganz oder aus Schlaumeierei. Beides ist strafwürdig.

Andererseits kommen heute, bei ruhigerem Urteil, Zweifel auf, ob der Skandal wirklich so kolossal und einzigartig war, wie die kommunizierende Empörung enthüllender Medien und nutznießender Widersacher der Union glauben machen will. War das ominöse System Kohl wirklich so *unique* und so charakteristisch für die sechzehnjährige Regierungszeit des Kanzlers

der Einheit, oder ist es nur ein nachgereichtes substanzleeres Konstrukt, das man braucht, um die Ära Kohl *ab ovo* verdammen zu können? Und gebührt Kohls Fehlverhalten tatsächlich der Spitzenplatz in der *chronique scandaleuse* der Bundesrepublik, die immerhin den Stimmenkauf (mit Stasi-Geld) eines Abgeordneten zur Abwehr des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Brandt verzeichnet?

Der Spendenskandal bleibt ein Skandal, doch gerät die Kritik aufgrund ihrer Unmäßigkeit in den Verdacht, durch anderes bewegt zu werden als durch den Wunsch nach Aufklärung und angemessener Ahndung: Manchen Scharfrichtern in den Medien war anzumerken, dass sie den Schwertstreich wie einen Akt der Befreiung führten, voller Erleichterung darüber, dass man nach so viel abgenötigtem Respekt für die Leistungen des ehemaligen Kanzlers, der so unverschämt die Ehrungen aller Welt entgegennahm, endlich wieder zu seinen gepflegten Aversionen gegen den „Oggersheimer“ zurückkehren konnte.

Nach der Tölpelisierung die Dämonisierung: Das Politikum des Spendenskandals entschlüsselt sich nur dann vollständig, wenn man ihn in den jahrelangen innenpolitischen Feldzug gegen Kohl einordnet.

Nun ist die Art und Weise, wie ein politischer Skandal öffentlich wahrgenommen wird, nicht zuletzt von der Reaktion derjenigen Gruppe abhängig, der der Skandalisierte entstammt. Nach Kohls Eingeständnis in einem ZDF-Interview, gut zwei Millionen Mark nicht ausgewiesener Spenden eingenommen zu haben, ging der überwiegende Teil der Parteiführung zu ihrem Ehrenvorsitzenden auf Distanz. In den Gliederungen der Partei fand der Ruf nach rückhaltloser Aufklärung ohne Schonung der Verantwortlichen Widerhall.

Eine Erklärung für diese in der Parteidemokratie nicht unbedingt selbstver-

ständliche Reaktion ist gewiss in dem Bedürfnis manches nachrückenden CDU-Politikers zu sehen, sich endlich aus dem langen Schatten des ehemaligen Parteichefs zu lösen. Wichtiger noch aber war, dass der Skandal die CDU in ihrer moralischen Substanz als bürgerliche Partei traf. Trotz aller Einschränkungen sind bürgerliche Parteien empfindlicher als andere, wenn eigene Vertreter gefehlt haben; die Bereitschaft, mit Gestrauchelten durch dick und dünn zu gehen, ist weniger ausgeprägt. „Right or wrong, my party“ ist eine Denkweise, zu der sich der Anhang linker Parteien immer noch eher hinreißen lässt.

Als wahre Heimsuchung erwies sich der Skandal außerdem, weil er nicht wirklich abgeschlossen wurde. Als vor einiger Zeit der erstaunliche Ex-Schatzmeister Kiep äußerte, bei Durchsicht seiner Konten zufällig auf eine Million gestoßen zu sein, die womöglich ihm nicht gehöre, war das Entsetzen groß. Mit welchen Eröffnungen dieser Art muss noch gerechnet werden? Es ist diese Beschaffenheit einer *never-ending story*, die den Skandal für die CDU zu einer Bedrohung von scheinbar unbegrenzter Dauer macht. SPD und Grünen hingegen gibt der Skandal ein Folterwerkzeug in die Hand, das sie nach Belieben einsetzen können. Sind im Kanzleramt Akten massenweise vernichtet worden? Sind beim Erwerb von Leuna und Minol Gelder von Elf Aquitaine in die CDU-Kasse geflossen? Beweise dafür gibt es bis heute keine, aber solche Verdächtigungen kommen auch ohne Beweise aus. Es genügt, dass sie immer wieder vorgetragen werden, und stellt eine Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein, wird sie implizit der Komplizenschaft mit dem System Kohl bezichtigt.

Die neue Führung

Folgenreich wurde der Skandal für die Christdemokraten nicht zuletzt durch das, was er gebar, die neue Führung.

Nach der Rücktrittserklärung Wolfgang Schäubles stand die CDU vor der Aufgabe, das Vakuum an der Spitze von Partei und Bundestagsfraktion zu beenden. Sehr rasch wurde klar, dass eine gründlich vorbereitete Personalkreation nicht infrage kam. Die Partei war auf eine Lösung mit Aplomb aus; sie verlangte nach Katharsis.

Zu sagen, wer letztlich Angela Merkel auf den Schild hob, ist auch heute noch sehr schwierig. Richtig ist wohl, dass ihre Berufung das Ergebnis eines unformalisierten, gleichsam revolutionären Prozesses war. In der nur wenige Wochen umfassenden Entscheidungsphase besaß Angela Merkel einfach die besten Karten. Als Frau und Ostdeutsche verfügte sie über Eigenschaften, die dem breiten Verlangen der Partei nach einem Kontrastprogramm zur alten Garde in idealer Weise entsprachen. Ihr klarer Bruch mit Helmut Kohl, dem Inbegriff des Alten und dem, wie es vielen in der Partei schien, Alleinverantwortlichen der Misere, ließ sie als Garantin der für notwendig erachteten Läuterung und damit als Hoffnungsträgerin erscheinen. Kaum jemand fragte, welchen Standort innerhalb der Partei sie vertrete, noch welche Erfahrungen sie als mögliche Herausforderin des Bundeskanzler mitbringe. Die Abwesenheit von Erfahrung wurde, typisch für revolutionäre Situationen, geradezu als Vorteil bewertet.

Tatsächlich sticht Angela Merkel mit ihrer Natürlichkeit und dem Quäntchen berechneter Naivität positiv von der glatten, gestylten Ausstrahlung des amtierenden Kanzlers ab. Wo Schröder als perfekte Ausformung des geschmeidigen, mediengerechten Berufspolitikers wirkt, tritt Angela Merkel glaubwürdig als Vertreterin eines neuen politischen Stils auf. Die Tücke dieses Erfolgsfaktors besteht darin, dass er sich verbraucht.

In Gestalt von Gerhard Schröder treffen Angela Merkel und mit ihr Friedrich

Merz, der neue Chef der Bundestagsfraktion, auf einen erprobten Gegenspieler. Schröder ist ein geschickter Taktiker. Die SPD beherrscht er seit dem Ausscheiden Lafontaines scheinbar nach Belieben. In Franz Müntefering hat er einen intellektuell anspruchslosen Generalsekretär zur Seite, einen Haudrauf, der als Ausputzer für Schröders die Partei mitunter arg strapazierende Manöver vorzüglich funktioniert.

Kunstfertiger Gegenspieler

Mehr noch als sein taktisches Geschick wird Schröders Maxime, möglichst alle relevanten Standpunkte zu besetzen, der Oppositionsführung zur Qual. In seinem Werben um die politische Mitte war Schröder bisher beharrlich, selbst wenn er sich, wie bei der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, gelegentlich gedrängt fühlt, die Gewerkschaften durch Opferfeuer zu besänftigen. Mit Otto Schily hat er einen Bundesinnenminister, der es geschafft hat, dass auf dem Felde der inneren Sicherheit, wo traditionell die SPD nie viel zu bestellen hatte, für die Union die Früchte nicht mehr unbesehen reifen.

Schröders Juste-milieu-Politik bedroht auch die wirtschaftliche Kernkompetenz der Union, soweit das die CDU nicht selbst besorgt. Ihr sorgsam gepflegter Anspruch, man könne gut mit dem Geld umgehen, jedenfalls besser als die SPD, hat durch das grausige Durcheinander der Parteifinzen an Überzeugungskraft verloren. Das notorische Haushaltsdesaster der Hauptstadt Berlin, für das die CDU genauso Verantwortung trägt wie die SPD, kratzt ebenso am Ansehen der Partei Ludwig Erhards.

Hinzu kommt, dass der Kanzler die *big players* der deutschen Wirtschaft, deren Nähe er schon als niedersächsischer Ministerpräsident suchte, für sich einzunehmen versteht. Die Freistellung der Veräußerungsgewinne großer Kapitalgesellschaften von der Steuer durch das Bun-

desfinanzministerium hätte – wäre sie von der Regierung Kohl vorgenommen worden – die bekannten Verteidiger der Unterprivilegierten und Entrechteten zu einem antikapitalistischen Furioso auf den Plan gerufen. Aber die Gewerkschaften und die SPD-Linke sind zahm geworden. Sie haben sogar Riesters Rentenreform geschluckt, obwohl diese an Rigidität Blüms einst als menschenfeindlicher Sozialabbau dämonisierten Bestrebungen in nichts nachsteht.

Man kann darüber staunen oder spotten: über die Bereitschaft der umworbenen Wirtschaftsführer, sich enthusiasieren zu lassen, und über die Fügsamkeit der sozialdemokratischen Basis, die nur noch von der Leidensbereitschaft des grünen Koalitionspartners übertroffen wird. Für die Union sind beide Phänomene gleichermaßen schmerzlich, werden sie in der öffentlichen Wahrnehmung doch auf der Habenseite eines kunstfertigen Kanzlers verbucht.

Flinke Ubiquität des Kanzlers

Auf zwei weiteren Feldern, die bisher nicht eben Domänen der Sozialdemokratie waren, hat Schröder versucht, der Union das Wasser abzugraben. In der Europa-Politik versuchte er, mittels ein paar frei flottierender Äußerungen Tätigkeit nachzuweisen. Im Ausland hat er damit nicht imponiert. Für den enttäuschenden Gipfel von Nizza sind Schröder und Fischer ebenso verantwortlich wie die übrigen aktuellen Regierungschefs der EU, in deren Kreis sich Nachfolger für Kohl und Mitterrand nicht gefunden haben. Auch in der Familienpolitik, die in den achtziger Jahren ein Hauptbetätigungsfeld der damaligen Regierungspartei CDU war, hat Schröder Pflöcke eingerammt. Zwar folgt er mit den geplanten Verbesserungen des Familienlastenausgleichs nur Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes, nichtsdestoweniger dürfte es der Union im Wahljahr schwer fallen, sich als

politisches Hilfskorps der Familien aufzustellen. Schröders Erfolgsrezept ist das Dilemma der Union: Durch seine flinke Ubiquität nimmt er der Opposition die Luft zum Atmen.

Dieses Rezept hat allerdings Schwächen. Der Kanzler ist schnell dabei, Themenfelder zu besetzen. Von einer nachhaltigen Politik kann aber nur in seltenen Fällen die Rede sein. Seine Methode gründet gewissermaßen konstitutionell auf Oberflächlichkeit und Beliebigkeit. Widersprüche sind damit programmiert. Hier eröffnen sich der Opposition Möglichkeiten.

Da der in die Mitte drängelnde Kanzler mit Gegenentwürfen nach Art der Lagertheorie nur schwerlich in Bedrängnis gebracht werden kann, müsste man die Inkonsistenzen seiner Politik zur Zielscheibe machen.

Kampagnefähige Themen der CDU

Das ist dem Führungsduo Merkel/Merz bisher nur unvollkommen gelungen. Lange Zeit über hatte man den Eindruck, als sei das CDU-Hauptquartier vollkommen damit ausgelastet, so genannte kampagnefähige Themen aufzufinden. Die Resultate waren zufallsabhängig. Die Debatte über die Leitkultur konnte in ihrem Verlauf deshalb so abenteuerlich verformt werden, weil sie nicht planvoll in Gang gesetzt wurde. Geschadet hat sie der Union trotzdem nicht. Sie verhalf sogar – in ihrer Fortsetzung als „Stolz-auf-Deutschland-Debatte“ – Erwin Teufel in Baden-Württemberg zu einem in der Höhe unerwarteten Erfolg. Dazu war allerdings die Beihilfe des Bundesumweltministers notwendig, der immer dann, wenn er durch Unbedachtsamkeit einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, für die Opposition Kapital abwirft.

Einen geglückten Versuch, auf einem wichtigen Politikfeld den Standort der CDU zu bestimmen, stellt das Migrati-

onskonzept der Müller-Kommission dar. Bisher befand sich die Partei hier in einer reinen Abwehrschlacht: gegen die Formel, Deutschland sei Einwanderungsland, gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, gegen den Asylmissbrauch. Der Grundton des Müller-Konzepts lautet: für eine kontrollierte Einwanderung. Damit hat die CDU Ballast abgeworfen, was für die rot-grüne Konkurrenz in noch höherem Maße zutrifft. Die Sozialdemokraten und selbst die Grünen haben in den letzten Monaten mancherlei haarsträubenden Idealismus abgeschuppt. Von der Vorstellung, alle Ausländer seien, schlicht gesagt, edle Wilde, bis zu Schröders kühl an nationalen Interessen orientierter Green-Card-Offensive ist es wahrhaftig ein weiter Weg.

Im Sinne des Großen und Ganzen kann man die Annäherung der beiden politischen Lager in der Ausländerpolitik nur begrüßen. Die Ambivalenz des Müller-Konzepts liegt im Operativen. Es war unklug, ausgerechnet hier vom üblichen parlamentarischen Rollenspiel abzuweichen und als Erste die Karten aufzudecken. Statt die Regierung kommen zu lassen, hat die CDU den Sozialdemokraten, deren Wählerklientel beim Thema Migration verletzlicher ist als das aller übrigen Parteien, den unverhofften Trumpf in die Hand gespielt, an das Konzept der CDU andocken zu können und das Thema für den Wahlkampf zu neutralisieren.

Weg vom „Mehltau des Konformismus“

Allzu viele Themenpfeile hat die um Profilierung bemühte Union ohnedies nicht im Köcher. Weder die Steuer- noch die Renten- oder die Familienpolitik eignen sich für eine Konfrontation. Die Wochenzeitung *Die Zeit* bemerkte vor einiger Zeit, das Land drohe im „Mehltau des Konformismus“ zu versinken. „Es gibt inzwischen so etwas wie eine kulturelle Teflon-

schicht um die Regierung Schröder. Ihre Leitbegriffe ‚Modernisierung‘ und ‚Neue Mitte‘, immer schon unbestimmt genug, stehen gleichwohl konkurrenzlos, eigentümlich unangefochten in der programmatischen Begriffslandschaft. Es fehlt der nächste Zug im politischen Spiel – ein deutscher *compassionate conservatism* etwa als Antwort auf den kühlen sozialdemokratischen Pragmatismus von heute.“

Ein Anwendungsfall für das, was mit dem nebelhaften Begriff des „mitfühlenden Konservatismus“ gemeint ist, könnte die gentechnische Debatte sein. Deren Gegenstand ist zwar komplex, und da es um Menschen- und nicht um Tierschutz geht, ist zweifelhaft, ob sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung von ihr so aufwühlen lässt wie die Feuilletons. Andererseits besitzt der Grenzwertstreit der biowissenschaftlichen Forschung strategisches Potenzial. Auf keinem anderen Feld liegen Christdemokraten und Grüne weltanschaulich so nah beieinander. Nirgendwo sonst verlangt des Kanzlers besinnungsloser Ökonomismus dringlicher nach einer Alternative als hier, wo es um letzte Fragen geht und Faktoren wie Standortförderung und Kapitalinteressen nun wahrlich nicht die richtige Währung sind.

Farbe bekennen

Allerdings ist die bisher entschiedenste Gegenposition zu Schröders *Laisser-faire* nicht von der Union, sondern vom Bundespräsidenten bezogen worden. Während der Sozialdemokrat Rau die Markierungen gesetzt hat, die man eigentlich von den C-Parteien erwartet hätte, artikuliert die CDU-Führungsrige in der biopolitischen Debatte auf hohem Niveau alle erdenklichen Standpunkte. Das adelt zwar den Charakter der CDU als plurale, weit gefächerte Volkspartei, stellt aber ihrer oppositionellen Entschlossenheit ein schlechtes Zeugnis aus. Zudem enttäuscht die Partei mit ihrem Ja-aber Kirchen und konservative Wählerschaft, die darauf

vertrauen, dass die CDU, wenn es um fundamentale ethische Entscheidungen geht, immer noch die beste Adresse ist.

Angela Merkel steht auf dem Standpunkt, dass man mit einer Totalopposition der rot-grünen Regierung nicht bekommen kann. Diese Einsicht lässt sich beispielsweise aus dem Debakel der britischen Tories herleiten. Sie enthebt die Parteivorsitzende freilich nicht der Notwendigkeit, den Wählern klarzumachen, weshalb sie CDU statt SPD wählen sollen. Mit anderen Worten: Die CDU muss Farbe bekennen.

Das von Frau Merkel vorgelegte Wirtschaftsprogramm macht hier einen Anfang. Wer sich nicht damit zufrieden gibt, spitzfindig zu räsonieren, ob die Neue soziale Marktwirtschaft mit einem großen oder einem kleinen „n“ geschrieben werden sollte, wird über einen Mangel an konkreten Aussagen nicht klagen müssen. Nicht der Umstand, dass man über die eine oder andere Positionsbestimmung streiten kann, ist das Besondere dieses Programms; es ist vielmehr die gewollte Unterscheidung von der weichen und unverbindlichen Überschriften-Rhetorik, die für Schröder typisch ist.

Verdeckte Manöver verhindern

Allerdings wollen die Wähler nicht nur erfahren, was eine Partei im Angebot hat. Sie wollen auch wissen, wen die Partei anbietet. Diese an sich banale Feststellung enthält für die CDU einen Imperativ.

Wen schickt die Union gegen Gerhard Schröder ins Rennen? Nach amtlicher Auskunft soll darüber erst im nächsten Frühjahr befunden werden. Der oder die Erwählte soll nicht vorzeitig verschlissen werden, heißt es. Außerdem werde, wenn man nur geduldig warte, die geeignete Persönlichkeit ganz von selbst Gestalt annehmen, osmotisch gewissermaßen.

Das sind achtbare Erwägungen, doch möchte man ihre Weisheit bezweifeln. Es

ist kaum anzunehmen, dass das öffentliche Interesse in den nächsten Monaten darin sein Genügen finden wird, gebannt auf die Produktion oppositioneller Positionspapiere zu warten. Auch wird sich die Partei nicht davon abhalten lassen, die Führungsfrage auf offenem Markt zu wägen, selbst wenn das offizielle Startkommando noch nicht erteilt ist. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Kandidatenfrage die Partei lähmen und peinigen wird, bis sie entschieden ist. Unübersichtliche Führungskonstellationen fördern verdeckte Manöver; die Aspiranten bleiben in Deckung, weil sie sich keine Blöße geben wollen. Und selbst wenn alle von lautersten Absichten beseelt sein sollten, wird man nicht verhindern können, dass jede auch nur in Nuancen abweichende Verlautbarung der Infragekommenen und ihrer Büchsenpanzer, jede schlichte Kommunikationspanne als verstecktes Kräftemessen gedeutet wird.

Zur Unübersichtlichkeit im Lager der CDU trägt neben der Trennung der Führungsämter in Partei und Fraktion der Umstand bei, dass die bayerische CSU eine autonome Kraft ist und mit Edmund Stoiber einen Spitzenmann hat, dem viele die Ambition, Nummer eins der Union zu werden, nachsagen. Dabei lässt sich nicht einwandfrei bestimmen, ob der anschwellende Ruf nach Stoiber als *Deus ex Machina* nun ein Artefakt der Münchner Staatskanzlei ist oder ob er eine reale Grundlage hat. Aber darauf kommt es gar nicht an. Die von den Medien lustvoll betriebenen und an den Stammtischen der CDU-Ortsvereine gedankenvoll nachempfundenen Mutmaßungen über Stoiber und seine wahren oder eingebildeten Absichten sind eine Warnung für Angela Merkel. Sie torpedieren auch das Bemühen, ihre Autorität innerhalb der CDU zu festigen.

Eine frühzeitige Entscheidung der Kanzlerkandidatenfrage erscheint deshalb für die Union als Gebot der Vernunft,

und wie die Dinge liegen, kann die Entscheidung nur zu Gunsten von Angela Merkel fallen. Sie ist die Vorsitzende der größeren Unionspartei. Eine Bevorzugung Stoibers würde zweifellos als Niederlage der CDU empfunden werden, auch wenn die Situation heute sicher nicht mehr mit 1980 vergleichbar ist.

Kampf um den Sieg?

Welche Chancen hätte eine von Angela Merkel in den Kampf geführte CDU/CSU? Es dürfte nicht wenige im Lager der Union geben, die das Wahlziel für 2002 derzeit defensiv bestimmen. Ihre Hoffnung richtet sich auf zweierlei: erstens auf eine sanfte Landung, das heißt eine Niederlage vertretbaren Grades, zweitens auf ein gutes Abschneiden der Grünen. Denn, so lautet dieses Kalkül, eine abermalige rot-grüne Amtszeit werde eine Zeit des partnerschaftlichen Missvergnügens und der unheilbaren Konflikte sein. Eine Koalition Schröders mit der FDP hingegen werde die Union noch auf lange Sicht von der Macht ausschließen. In diesem Szenario wäre der Name des Kanzlerkandidaten oder der Kanzlerkandidatin relativ belanglos.

Die Crux solchen Doppeldenkens ist, dass es dem Überlebensinteresse der Mandatsträger und dem Instinkt von Parteimitgliedern zuwiderläuft. Beide verlangen, dass ernsthaft gekämpft wird, das heißt um den Sieg. Unmöglich ist er nicht.

SPD in der Krise

Bei den Landtags- und Kommunalwahlen der letzten Zeit haben sich die Christdemokraten trotz ungünstiger Umfeldbedingungen achtbar geschlagen. Die FDP ist nach wie vor nicht festgelegt. Und die Probleme, die die SPD hat, werden gern übersehen. Ihr Kredit an Glaubwürdigkeit hat durch den peinlichen Umstand, dass sie sich beim Sturz Diepgens von den Nachfolgern der SED assistieren ließ – und das ausgerechnet am Vorabend des

17. Juni –, arg gelitten. Schwerwiegender noch sind strukturelle Verwerfungen. Globalisierung, Entsolidarisierung, Personalisierung – die großen Chiffren der Zeit – kollidieren mit ihren traditionellen sozialdemokratischen Werthaltungen viel wuchtiger, als das bei den Christdemokraten der Fall ist. Anhaltende Mitgliederverluste sind die Folge. Allein Schröders Fortune und die skandalbedingte Schwäche der Union haben bisher zu verdecken vermocht, dass die eigentliche Volkspartei in der Krise die SPD ist.

Mit Schröders Glückssträhne scheint es außerdem vorbei zu sein. Die Wirtschaft lahmt. Der Kanzler wird seine optimistischen Vorhersagen für den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht einhalten können. Dass die Bundesregierung mit der Rentenreform zu kurz gesprungen ist, wissen auch viele im eigenen Lager. Dynamit liegt in der hinausgezögerten Gesundheitsreform. Beunruhigende Inflationsraten kassieren den Effekt der Steuerreform und bringen die Gewerkschaften in Stellung. Je näher der Wahltag rückt, desto mehr wird Schröder dem Verlangen nach sozialdemokratischer Rhetorik Rechnung tragen müssen.

Desavouierte Mitte

Als fatal könnte sich die Entwicklung der Berliner Stadtpolitik erweisen. Schröder hat das Streben der Berliner SPD nach

Machterhaltung um jeden Preis – auch um den der Machtbeteiligung der Maubauer und ihrer Nachfolger – unterstützt. Das war ein schwerer Fehler. Denn die Zweifel, ob die PDS wirklich „in der Demokratie angekommen“ ist, wie es verharmlosend heißt, sind unverändert groß. Bei einer kürzlichen Allensbach-Untersuchung antworteten auf die Frage, ob die PDS die Demokratie unterstütze, nur vierzehn Prozent der Westdeutschen mit Ja. Bei der ostdeutschen Bevölkerung waren es auch nur zweiundvierzig Prozent. Hier zeigt sich, wie schief die SPD liegt, wenn sie vorgibt, um den Osten mit der Situation im vereinten Deutschland zu versöhnen, müsse man mit der PDS paktieren. Die Majorität der Menschen in den jungen Bundesländern weiß genau, wessen Erbe die Postkommunisten vertreten, so wie den meisten Westdeutschen durchaus geläufig ist, weshalb sie Monat für Monat den Soli zahlen müssen.

Es könnte gut sein, dass der SPD-Vorsitzende Schröder mit seiner Politik der offenen Arme gegenüber der PDS der Union aus Überheblichkeit einen Trumpf zugeschoben und einer Veränderung des politischen Klimas Vorschub geleistet hat. Den Kurs der Mitte, der drei Jahre lang das Strategem seiner Politik und die Pein der Opposition war, hat er damit ohnehin desavouiert.

Das Haus des Pharaos

„In der entscheidenden Passage (seiner New Yorker Rede von 1993) beglückwünscht Turabi (sudanesischer Islamisten-Ideologe) die amerikanischen Glaubensbrüder, [...] wüchsen sie doch wie Moses im Hause des Pharaos auf. Das ermöglichte es ihnen, genau wie Moses, das Haus des Pharaos zum Einsturz zu bringen, von innen her!“

(Khalid Duran am 20. September 2001 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)